

A portrait of Claudia Maicher, a woman with short brown hair and glasses, wearing a red top, smiling. She is positioned in front of a colorful, multi-colored metal fence. The background is slightly blurred, showing more of the fence and some greenery.

Claudia Maicher

Bericht aus dem Landtag und der Region

Juli 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich über Ihr Interesse an meiner Arbeit. Tagesaktuell können Sie diese auch über meine [Webseite](#) verfolgen. Bei Twitter [@ClaudiaMaicher](#) schreibe ich, was mich bewegt.

Über meine gesamten Kleinen Anfragen und Initiativen können Sie sich [hier](#) informieren. Ich lade herzlich ein zum Einmischen und [Abonnieren meines Berichts, thematischer Informationen und Einladungen](#).

Meine MitarbeiterInnen im Leipziger Büro, Kristina Weyh und Marcel Bäck, sind unter (0341) 60477294 bzw. buero@claudia-maicher.de, meine Mitarbeiterin Uta Schmidt im nordsächsischen Oschatz unter (03435) 6669713 bzw. abgeordnetenbuero@gruenesnordsachsen.de zu erreichen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Claudia Maicher

»Hochschule und Wissenschaft«

Rechtzeitig vor der Sommerpause haben wir unseren [GRÜNEN Hochschulgesetzentwurf](#) vorgestellt, in dem wir [Schwerpunkte](#) auf die Stärkung und Neuorganisation der Selbstverwaltung und der demokratischen Mitwirkung, die Hochschulen als Partnerinnen auf Augenhöhe, den Weg zum *Traumjob Wissenschaft*, die Sicherung des Studienerfolgs, den Abbau von Zulassungshindernissen, die Gleichstellung und Teilhabe, Promotionen auf dem Stand der Zeit sowie die friedliche Forschung und Transparenz legen. Wir haben im Vorfeld alle Vorschläge mit verschiedenen HochschulakteurInnen intensiv diskutiert und die Anregungen dieser Sachverständigen in eigener Sache aufgenommen. So ist ein praxistaugliches Gesetz auf der Höhe der Zeit entstanden. Zum GRÜNEN Gesetzentwurf wird am 17. September 2018 im Wissenschaftsausschuss des Landtags eine **öffentliche Sachverständigenanhörung** stattfinden.

Um die prekäre Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beenden, den Hochschulen Planungssicherheit zu geben und den Befristungswahn zu beenden, haben wir unseren [GRÜNEN Antrag Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses nachhaltig verbessern](#) erneut zur Diskussion und Abstimmung auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Wir brauchen ein mit den Hochschulen gemeinsam erarbeitetes Konzept, wie sie den Anteil unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse steigern können. So soll es den

Hochschulen möglich sein, ihre Drittmittel in einem Pool zusammenzuführen und daraus langlaufende Beschäftigungsverhältnisse zu finanzieren.

Zwei weitere **Kleine Anfragen (1 / 2) zur Situation der wissenschaftlichen Personals an sächsischen Hochschulen** haben ergeben, dass in Sachsen knapp 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristete Arbeitsverträge haben. Statt planbare und sozialverträgliche Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, zwang die Staatsregierung die Hochschulen zum Personalabbau. Im Ergebnis haben wir 400 aus Landesmitteln finanzierte Beschäftigte weniger als noch im Jahr 2013. Das Land stiehlt sich aus der Verantwortung, während die Drittmittelforschung weiter auf dem Vormarsch ist. Ich fordere weiterhin, dass der Befristungszwang von Drittmittelstellen im Hochschulgesetz fallen muss. Notwendig sind verbindliche Regelungen zu Vertragslaufzeiten und ein höherer Mindestanteil unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse.

Meine [Kleine Anfrage zu den Landesstipendien des Freistaates Sachsen](#) und dazugehörige [Nachfrage](#) haben ergeben, dass die Empfängerinnen und Empfänger noch immer auf die Erhöhung ihrer im Dezember 2016 beschlossenen Förderung warten. Im aktuellen Doppelhaushalt 2017/18 wurden die Gelder eingestellt. Erst sollte die Erhöhung im ersten Halbjahr 2018 kommen. Jetzt sind wir schon beim dritten Quartal des Jahres. Die Arbeitsverweigerung von Wissenschafts- und Finanzministerium darf nicht auf Kosten der Stipendiatinnen und Stipendiaten gehen. Der vom Gesetzgeber beschlossene Doppelhaushalt ist keine Handlungsempfehlung, er ist Gesetz. Die Erhöhung steht den Geförderten zu und muss ihnen in vollem Umfang zugutekommen. Und zwar rückwirkend zum 1. Oktober 2017.

»Kultur & Interkultur«

Die Fraktionen von CDU und SPD haben ihren Novellierungsentwurf zum **Kulturraumgesetz** durchgesetzt. GRÜNE Verbesserungsvorschläge, wie sie auch von Kulturexperten und Kulturschaffenden immer wieder angemahnt wurden, haben sie dabei ignoriert. Der Entwurf der Koalitionsfraktionen ist weit von einer notwendigen Stärkung und Erneuerung der Kultur in Sachsen entfernt. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat einen [Änderungsantrag zum Koalitionsentwurf](#) auf Basis unseres im Jahr 2015 vorgelegten Beschlusses eingebracht. Wir wollen zusätzliche 10 Millionen Euro in die Kulturräume geben und die im Jahr 2011 festgeschriebene Finanzierung der Landesbühnen aus Kulturraummitteln rückgängig machen. So sollten die Kulturräume in die Lage versetzt werden, sowohl ihre vielfältigen Angebote zu erhalten, als auch bürgerschaftliche Initiativen und das Erproben neuer Konzepte sowie die Beteiligung, Vernetzung und Beratung von kulturell Engagierten zu unterstützen. Wir fordern darüber hinaus, dass mindestens ein Viertel der Beiräte alle vier Jahre neu besetzt wird. Um die Förderentscheidungen demokratischer zu gestalten und inhaltliche Diskussionen anzuregen, wollen wir zusätzlich zu den Landräten vier Abgeordnete aus den Kreistagen in den Kulturkonvent wählen lassen.

Im April forderte meine Fraktion im [Antrag Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR für die Aufarbeitung, Aufklärung und Wiedergutmachung einsetzen](#), dass die im Jahr 2018 zufließenden 58 Millionen Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts sowie für Investitionen in Gedenkstätten verwendet werden. Mit dem Vermögen sollten nicht pauschal Haushaltslöcher gestopft oder in Großprojekte investiert werden. Vielmehr soll es im Kontext der Aufarbeitung, Aufklärung und Wiedergutmachung der SED-Diktatur eingesetzt werden, um einen großen Schritt beim Ausbau der Gedenkstätten im Freistaat Sachsen vorwärts zu kommen. Die Mittel könnten zum Beispiel beim Ausbau authentischer Orte, wie eines justizgeschichtlichen Erinnerungsortes in der ehemaligen zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig, einer Gedenkstätte im Kaßberg-Gefängnis Chemnitz und in der ehemaligen Frauenhaftanstalt Hoheneck in Stollberg im Erzgebirge zum Einsatz kommen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.

Wir haben im Juni den [GRÜNEN Antrag zur Begehung der Feierlichkeiten 30 Jahre friedliche Revolution](#) vorgelegt, der die Staatsregierung auffordert, bis zum 30. September dieses Jahres, ein Konzept für die 2019 anstehenden Feierlichkeiten vorzulegen. Der zuständige Ausschuss hat den Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Die Staatsregierung hat bis heute keinen Plan, wie die Förderung der Aktivitäten ausgestaltet werden soll. Sie will konkrete Informationen und eine Förderrichtlinie erst nach den Haushaltsberatungen Ende 2018 vorlegen. Damit fehlt den erinnerungskulturellen Initiativen und Einrichtungen in Sachsen Vorlauf, um ihre Aktivitäten für das kommende Jahr angemessen zu planen. Immerhin sollen nun Mittel in den Doppelhaushalt 2019/2020 aufgenommen werden.

Ich habe die weitere **Verzögerung bei der NS-Dauerausstellung der Gedenkstätte Bautzen** deutlich kritisiert. Ein dritter Ausstellungsteil sollte im Januar eröffnet werden. Die Antworten auf meine [Kleine Anfrage](#) und jüngste [Nachfrage](#) lassen weiterhin keinen festen Eröffnungstermin erkennen. Angesichts der Bedeutung der Ausstellung und dem langjährigen Vorhaben zur Errichtung der NS-Dauerausstellung ist dieses wiederholte Verschieben der Eröffnung fatal für die Erinnerungskultur in Sachsen. Statt die Vervollständigung der Gedenkstätte mit aller Kraft zu unterstützen, werden das Engagement des Fördervereins der Gedenkstätte Bautzen mit hanebüchenen und kleinlichen Manövern behindert und damit Stasi-Opfer förmlich vor die Tür gesetzt.

»Medien- und Netzpolitik«

Der Breitbandausbau in Sachsen geht nicht voran. Wenn die Staatsregierung ihre **Breitbandstrategie** nicht schnellstens nachbessert, drohen wieder etliche weiße Flecken beim schnellen Internet. Das ergab die Antwort auf meine [Kleine Anfrage](#). Je nach Region können zwischen 50 und 70 Prozent der Haushalte nicht von der Breitbandförderung profitieren, weil sie schon 30 Mbit/s erreichen. Das wird aber zukünftig nicht mehr ausreichen. Sie sind damit vom gigabitschnellen Internet erstmal ausgeschlossen. Auch bei den laufenden Ausbauprojekten kann von 100-Prozent-Glasfaser keine Rede sein, da 19 Prozent der Haushalte nur mit Kupferleitungen erschlossen werden. Damit sind die von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und seinem Vize Dulig (SPD) mehrfach verkündeten ‚100-Prozent-Glasfaser‘ nichts mehr als leere Versprechungen. Die Staatsregierung muss schnellstmöglich eine Strategie für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet auf den Tisch legen. Wir GRÜNE fordern die Staatsregierung auf, sich nicht mit dem Zwischenschritt von flächendeckend 100 MBit/s bis 2025 aufzuhalten und den konsequenten Ausbau von Gigabitgeschwindigkeit voranzutreiben.

Das Thema **Digitale Gesellschaft** ist ein Schwerpunkt meiner politischen Arbeit. Mit meiner Fraktion habe ich eine [Große Anfrage zur Digitalisierungsstrategie des Freistaates Sachsen](#) erarbeitet und eingereicht. Mit einem Werkstattgespräch in Borna im Juni tauschten wir uns über Erwartungen und Erfahrungen zur Digitalisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit Bürgern und Unternehmern ins Gespräch. Weitere Veranstaltungen werden sachsenweit folgen.

»Europa«

Auf Initiative der GRÜNEN Fraktion hat der Europaausschuss des Landtages die drei sächsischen **Europe-Direct-Informationszentren** (Annaberg-Buchholz, Dresden und Leipzig) in seine Sitzung im Mai eingeladen, um über die Arbeit und Situation der Informationszentren sowie die europapolitische Kommunikation in Sachsen zu beraten. Eine flächendeckende Europa-Kommunikationsarbeit ist in Zeiten europafeindlicher Haltungen wichtiger denn je. Insofern war die Ende 2017 besiegelte Schließung des Europe-Direct-Informationszentren in Bautzen/Kamenz sehr bedauerlich.

Dem Thema europapolitische Bildung widmet sich meine Fraktion in unserem [Antrag Europapolitische](#)

Bildung in Sachsen stärken - Zuverlässige Förderbedingungen für freie Träger schaffen. Wir möchten damit die Akteure und Träger europapolitischer Bildungsarbeit in Sachsen stärken. Unsere Hauptforderung an die Staatsregierung ist, ein mit potentiellen Trägern abgestimmtes Gesamtkonzept für europapolitische Bildungsarbeit in Sachsen zu erarbeiten. Ferner sollen u.a. gezielt mehr Mittel für die europapolitische Bildungsarbeit bereitgestellt werden, gefestigte Projekte der europapolitischen Bildung eine verstärkte Unterstützung erfahren, eine Anlauf- und Koordinierungsstelle für Akteure geschaffen sowie der Austausch von Projektträgern gefördert werden. Zum Antrag wird es am 30. Oktober 2018 eine **öffentliche Sachverständigenanhörung** im Europaausschuss des Sächsischen Landtags geben.

Im Mai durfte ich im Rahmen des Projektes **„Europa für Alle“** der TU Chemnitz an der Präsentation des **Chemnitzer Manifests zur Zukunft der EU** teilnehmen. Das Manifest umfasst 14 Forderungen, unter anderem zu den Bereichen Ökologie/Klima, Ökonomie und Verkehr. Für das Projekt wurden Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger zufällig ausgewählt und in regelmäßigen thematischen Diskussionsgruppen zusammengebracht. Es ist ein schönes Beispiel, wie Bürgerbeteiligung in Europa funktionieren kann.

»Leipzig und Region«

Im April habe ich gemeinsam mit vielen Leipziger GRÜNEN den Aufruf zur **Demo Stadt für alle statt für Profite** unterstützt. Wir alle müssen für eine faire Mietenpolitik und gegen Verdrängung kämpfen und gesellschaftliche sowie politische Lösungen suchen. Die GRÜNE Landtagsfraktion hat dazu **Konzepte für bezahlbares Wohnen** vorgelegt.

Im Mai fand im GRÜNEN Abgeordnetenbüro Nordsachsen im Oschatzer E-Werk die **Eröffnung der Karikaturenausstellung Frauen, Gleichstellung und das Problem mit den Männern** statt. Mit dem Karikaturisten Klaus Stuttmann und Gästen haben wir über gleichstellungspolitischen Herausforderungen der letzten Jahre und Frauen in der Politik gesprochen. Die Ausstellung ist noch bis 9. August zu sehen.

Im Mai und Juni zeigte ich in meinem Leipziger Abgeordnetenbüro die **Ausstellung Topografie des Wünschens**. Anne Rosinski hat sich dazu von Gesprächen mit verschiedenen Menschen zum Thema Herzenswünsche inspirieren lassen. Mit dem Spiel auf der Santur, einem traditionellen iranischen Zupfinstrument, umrahmte Ali Pirabi die Eröffnung. Klänge, Bilder und Gedanken zum Thema Wünsche haben die intensiven Gespräche des Abends begleitet und das eigene Nachdenken über Wünsche inspiriert.

»Termine«

Vom **23. - 26. August 2018** beteilige ich mich an den **6. Tagen der Industriekultur in Leipzig**. René Meyer zeigt Graffitiarbeiten komplexer Industriearchitekturen und urbaner Stadtlandschaften in Leipzig. Die **Ausstellung ‚KNIFE-SHIFT‘** startet mit einer **Party im GRÜNER Raum am Kanal am 23.08.2018, 19.00 Uhr**.

Beinahe schon traditionell beteilige ich mich erneut an den **Interkulturellen Wochen der Stadt Leipzig**. **Am 20. September 2018** wird zur gezeigten **Videoinstallation** des Leipzigers Paul Melzer über die Ausschreitungen in Kiew 2013/14 ein Gespräch mit Gästen aus Politik, Zivilgesellschaft und Kunst stattfinden. Wir werden aus menschlicher, politischer und künstlerischer Sicht über den inneren Konflikt und die Sehnsucht der Ukraine nach Europa sprechen.

In eigener Sache: Ich suche ab 1. September 2018 Verstärkung für mein Leipziger Team. Interesse? **Hier geht es zur Stellenausschreibung**.